



Nr. 14 / 02.09.2014

Alexander HOFFMANN *informiert*

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Kampf gegen den Terror mit humanitärer Hilfe und Waffenlieferungen

Gestern sind wir bereits kurz vor dem Ende der parlamentarischen Sommerpause in Berlin zu einer wichtigen Sondersitzung im Deutschen Bundestag zusammengekommen. Wir haben über die Entscheidung der Bundesregierung diskutiert, der kurdischen Armee im Nordirak in begrenztem Umfang Waffen zu liefern. Damit soll der Kampf gegen die Extremisten des „Islamischen Staats“ (IS) unterstützt werden.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie kennen die dramatischen Medienberichte aus dem Irak und Syrien, wo fanatische Terroristen auf grausamste Art wüten. Alles, was nicht ihrem Weltbild entspricht, räumen sie gnadenlos aus dem Weg. Es gilt, einen Völkermord zu verhindern.

Die kurdischen Peschmerga-Kämpfer haben zumeist uralte Waffen, mit denen sie gegen die Feuerkraft der IS-Terroristen nicht bestehen können. Und: Mit diesen unfassbar skrupellosen Dschihadisten, die sich beim Morden filmen und sich dann mit den von ihnen geköpften Menschen fotografieren lassen, kann man nicht verhandeln.

Das Morden dieser Terrormiliz, die sich hinter ihrer Religion verschanzt, muss gestoppt werden!

Gleichgültigkeit, Zusehen oder Wegsehen sind für uns als demokratisches, christlich geprägtes Land keine Option bei einem solch grausamen Massenmord. Im Kampf um Menschenrechte und hunderttausende Menschenleben ist es leider manchmal unausweichlich, von Waffen Gebrauch zu machen, um politische Lösungen überhaupt erst wieder möglich zu machen.

Den Einsatz deutscher Kampftruppen schließen wir ganz klar aus. Die Kurden wollen das auch gar nicht. Aber sie erwarten unsere Hilfe, damit sie in der Lage sind, sich gegen die IS-Terroristen endlich wirksam wehren zu können.

Deutschlands Beitrag kann sich in diesem ganz konkreten Fall aber nicht in der Lieferung von Decken und Schutzwesten erschöpfen. Bisher sind aus Deutschland bereits mehr als 150 Tonnen, Decken, Lebensmittel und Hygiene- und Sanitätsmaterial in die Kurden-Hauptstadt Erbil geliefert

Fortsetzung nächste Seite

worden. 50 Millionen Euro hat die Bundesrepublik für derartige Hilfen ausgegeben beziehungsweise zugesagt. Das ist effektive Hilfe vor Ort. Denn die vielen Leute, die jetzt vor den IS-Terroristen auf der Flucht sind, wollen doch zurück in ihre Heimat und dort in Ruhe und Frieden leben. Bald werden auch Waffen, Munition und weitere militärische Ausrüstungsgegenstände folgen.

Die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung beruht auf klaren, strengen Regeln. Bei Lieferungen in Drittstaaten – also außerhalb von EU, NATO und gleichgestellten Staaten – kommen sehr strenge Grundsätze zur Anwendung: Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt – außer es sprechen im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen für eine Genehmigung.

Wir wissen, wie umstritten die Waffenlieferungen an die kurdische Armee im Nordirak sind und wie groß die Bedenken sind, dass die Waffen eines Tages in falsche Hände geraten oder zu anderen Zwecken eingesetzt werden, für die sie nicht gedacht waren. So liefern wir nur kontingentiert – und keine Waffen an die von Deutschland und seinen Partnern als terroristisch eingestufte kurdische Arbeiterpartei PKK. Für schwere Waffensysteme soll zudem eine Rückgabepflicht vereinbart werden. Die kurdische Regionalregierung respektiert unsere Haltung, dass die Waffen auch nicht weitergereicht werden sollen. Allerdings: Eine letzte Sicherheit gibt es nicht.

Gewalttätige Konflikte durch politisch illegitime Kräfte sind meist diffuse Gemengelagen. Und genauso diffus ist auch die Art, wie diese Akteure an ihre Waffen kommen. Wir sollten uns daher von dem etwas engstirnigen Gedanken verabschieden, dass die aus Deutschland exportierten Waffen die einzigen sind, die dann zum Einsatz kommen. Umso wichtiger ist es doch, dass wir Deutschen eine merkbare Ordnungs- und Mittler-Rolle in der Welt wahrnehmen, um Frieden in möglichst vielen Regionen der Welt zu gewährleisten. Doch auch über Sanktionen gegenüber all denen, die die IS-Terroristen unterstützen, muss ernsthaft nachgedacht werden.

Der Terror der IS-Kämpfer muss uns herausfordern. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es in

ihrer Regierungserklärung auf den Punkt gebracht: Das Abwarten und Hoffen, dass andere helfen, ist angesichts der unfassbaren Gräueltaten keine Option. Die IS-Miliz will einen Kalifat-Staat errichten und zielt dabei auch auf umliegende Länder ab. Totalitäre Regime und deren Anhänger machen nicht Halt vor geografischen Grenzen!

Die fanatischen IS-Dschihadisten destabilisieren nicht nur eine ganze ohnehin fragile Region. Ihr Terror-Regime wirkt sich auch auf Deutschland und Europa aus. Die Menschen dort wollen in ihrer Heimat bleiben. Können wir ihnen das durch unsere Hilfeleistung nicht ermöglichen, erwartet Europa Hunderttausende von Kriegsflüchtigen. Und: Würden wir nichts unternehmen, könnten sich die Terroristen einen Rückzugsort schaffen und von dort aus Anschläge in der ganzen Welt vorbereiten. Spätestens dann wären auch unsere Sicherheitsinteressen betroffen. Schließlich befinden sich in den Reihen der IS leider auch kampferprobte und radikalisierte Deutsche und Europäer.

Wir versorgen daher die Peschmerga – mit Zustimmung der kurdischen Regionalregierung wie auch der irakischen Zentralregierung – mit vernünftiger Ausrüstung, damit sie in der Lage sind, das Morden einer menschenverachtenden Terrorgruppe zu stoppen. Dazu zählen auch panzerbrechende Waffen. Die Bundeswehr bereitet nun die Ausbildung kurdischer Kämpfer in Deutschland vor. Sie sollen eine einwöchige Schulung vor allem im Umgang mit den Panzerabwehrraketen bekommen. Denn die IS-Milizen haben von der irakischen Armee hunderte Panzer und gepanzerte Fahrzeuge erbeutet. Dagegen hat die kurdische Armee, der ja nachweislich bei einigen Gefechten sogar die Munition ausgegangen ist, bisher keinerlei Mittel.

Liebe Leserinnen und Leser, Deutschland unterstützt die irakischen Kurden im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ mit humanitärer Hilfe und mit militärischer Ausrüstung. Die Kurden brauchen das notwendige Material jetzt sofort. Die Überlassung von militärischen Geräten und von Munition ist eine Nothilfe, die dem Schutz von Leib und Leben der Flüchtlinge dient. Angesichts von Massenhinrichtungen, Zwangskonvertierungen und Vergewaltigungen mussten wir so handeln!

Herzlichst

Ihr



Alexander Hoffmann, MdB